

Genug der Ausreden

Zum Bericht „Wieder das Wort vom Villensterben“, SÜDKURIER vom 30. März:

Man kann es durchaus verstehen, dass die Bewohner des Kurviertels den Klageweg beschreiten müssen. Wenn es - wie so oft - der Verwaltung an Kommunikationsfähigkeit (oder dem Willen dazu) fehlt, bleibt betroffenen Bürgern kein anderer Weg, um die Interessen zu wahren. Schade wieder, dass Herr Zeitler zur Beilegung des Streites nicht mit den Bürgern sprechen mag. Gemeinsame Lösungswege wären bestimmt zu finden.

Der Gemeinderat hat den unbestritten notwendigen Bebauungsplan zwar einstimmig beschlossen, sich aber über die tatsächlichen Konsequenzen der dort - wie in auch neueren Bebauungsplänen - verankerten „Baulinien“ im Vergleich zu früher üblichen „Baufestern“ keine Gedanken gemacht. Oder er wurde darüber vom Bauamt nicht aufgeklärt?

Die Baulinien eröffnen den Investoren Tür und Tor, das Betongold zu mehren. Ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen oder auf Grünbereiche. Einen Satz aus dem Kommentar von Herrn Hilser kann man nur mehrfach unterstreichen: „Und als Bürger wäre man beruhigt, wenn man das Gefühl vermittelt bekäme, dass der Baubürgermeister ernsthaft an der Bewahrung des Charakters von Überlingen mit seinen altstadtnahen Wohnquartieren interessiert ist.“

Den für Bausachen leider nicht mehr zuständigen Gemeinderat/Bauausschuss muss man allerdings auch auffordern, sich über bedeutende Bauangelegenheiten (Beispiel Mühlenstraße) selbstinitiativ kundig zu machen und auch mal einzuschreiten. Einzelne Stadträte haben leider keine Rechte auf Einsicht der Pläne, aber die notwendigen 25 Prozent des Gemeinderates für ein Auskunftsbeglehen sollten doch überfraktionell erreichbar sein! Die „Nicht mehr Zuständigkeit“ darf keine Ausrede für Gemeinderäte sein. Der seit Jahren geforderte, aber von der Verwaltung nie wirklich verankerte Gestaltungsbeirat aus sachkundigen Bürgern wäre bei vielen Entscheidungen schon sehr sinnvoll gewesen.

Dirk Diestel,
Überlingen